

**Medienmitteilung vom 13. August 2009**

## **Die Grünen plädieren für steuerpolitische Zurückhaltung Fragwürdige Steuergesetzrevision**

**Ohne Not verursacht die vom Regierungsrat vorgeschlagene Steuergesetzrevision Ertragsausfälle von 88 Mio. Franken für den Kanton Bern und 47 Mio. für die Gemeinden. Die Grünen erachten dies angesichts der konjunkturellen Lage als falsch.**

Bei der Vernehmlassung hatte der Regierungsrat die Notwendigkeit der Steuergesetzrevision primär mit dem Ausgleich der kalten Progression begründet, welcher gemäss Steuergesetz ab einer Teuerung von mindestens 5% vorzunehmen ist. Dieser Begründung fällt mittlerweile weg. In der Vernehmlassung hatte der Regierungsrat für die Periode 12.2006 bis 12.2009 mit einer Teuerung von mindestens 5% gerechnet. Heute ist offensichtlich, dass dieser Wert klar nicht erreicht wird. Die Dezember-Jahresteuern 2007 betrug 2%, jene fürs 2008 0,7%; 2009 ist mit keiner erhöhten Teuerung zu rechnen.

Angesichts der konjunkturell schwierigen Lage und den vom Regierungsrat offensichtlich beschlossenen Sparmassnahmen in der Höhe von 300 Mio. Franken ist die Notwendigkeit der Steuergesetzrevision dringend zu überdenken. Namentlich die vom Regierungsrat vorgeschlagenen „standortpolitischen“ Massnahmen, welche für den Kanton Steuerausfälle von 68 Mio. Franken und für die Gemeinden von 36 Mio. Franken zur Folge haben, sind im heutigen Zeitpunkt problematisch. Unverständlich ist, dass diese Massnahme der versprochenen Steuerbefreiung des Existenzminimums vorgezogen wird.

Dem Übergang zu einem jährlichen Ausgleich der kalten Progression stehen die Grünen skeptisch gegenüber. Die heutige Regelung erlaubt eine gewisse Flexibilität, welche – wie mit der Steuergesetzrevision 2008 – für spezifische Entlastungen (Familien, Mittelstand) eingesetzt werden konnte. Mit dem jährlichen Ausgleich wird diese Chance verspielt.

Schliesslich bedauern die Grünen, dass der Regierungsrat keinen Verzicht auf die Pauschalbesteuerung vorsieht.

### **Für weitere Auskünfte:**

Blaise Kropf, Grossrat, 079 263 47 68